

# PRESSEMITTEILUNG



*Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund*

Datum: 20.01.2016

**Nr.: 3/2015**

Pressesprecher: Thorsten Bullerdiek (0175-1864242)

## **Die Zeit läuft – Klotzen statt kleckern in der Flüchtlingskrise!**

### **Städte- und Gemeindebund fordert Gelder für Integration und Infrastruktur**

2016 wird es nach Einschätzung des Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Dr. Marco Trips, nur ein beherrschendes Thema geben: die Flüchtlingskrise. Die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden seien der Hort der Stabilität in Deutschland. Sie hätten es gut hinbekommen, den zu uns kommenden Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten und mit der Integration zu beginnen. Dies sei auch das Verdienst vieler ehrenamtlicher Helfer.

„Bund und Länder dürfen sich hierauf aber nicht ausruhen. Die Kommunen brauchen jetzt schnell Unterstützung bei der Unterbringung durch massive Förderung von Infrastruktur auch im ländlichen Raum. Aber auch bei der Integration brauchen wir endlich ein planvoll gesteuertes Herangehen: Sprachkurse, Kindergarten- und Schulplätze, zusätzliche Sozialarbeit, Wohnungen, Eingliederung in den Arbeitsmarkt – all dies müssen das Land und der Bund jetzt schnell und strukturiert angehen!“, so Trips. Jede staatliche Ebene müsse jetzt nach Auffassung des NSGB das Notwendige und Machbare tun. „Es fehlt noch an allen Ecken und Enden. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir einfach so weitermachen können wie bisher. In 2016 werden wir große Probleme bekommen, wenn weiterhin so viele Menschen zu uns kommen. In einigen Bereichen sind bereits jetzt alle Turnhallen belegt. Dort und anderswo wird man schon bald niemanden mehr angemessen unterbringen können. Die Kommunen tun, was sie können, aber die Zeit läuft gerade in Krisenzeiten besonders schnell. Jetzt sind Entscheidungen des Bundes und des Landes gefragt. Diese

Entscheidungen werden viel Geld kosten. Wir müssen klotzen und nicht kleckern, damit wir wirksam helfen können! Aber diese notwendigen Gelder sind bei den Städten und Gemeinden gut angelegt und kommen da an, wo sie gebraucht werden“, erklärte Trips nach einer Sitzung des Präsidiums des NSGB in der Vertretung des Landes Niedersachsen in Berlin.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Gespräch mit dem Leiter der Vertretung, Staatssekretär Michael Rüter, insbesondere zur Frage, wie der Bund und das Land Niedersachsen die Kommunen unterstützen können. Nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes werden die Einwanderungszahlen in 2016 und den nächsten Jahren weiter hoch bleiben. Die Weltbevölkerung steige, Europa sei attraktiv und Deutschland könne diese Zuwanderung nicht allein und nicht in der bisherigen Geschwindigkeit stemmen.

„Mit dem Bündnis ‘Niedersachsen packt an!’ hat das Land einen ersten kleinen Schritt getan, um den Blick auf die anstehenden Probleme zu lenken. Dies allein reicht aber bei Weitem nicht aus, da nicht ersichtlich ist, dass die europäischen oder internationalen Maßnahmen wirken. Sollte dies in absehbarer Zeit weiter nicht der Fall sein, so muss auch über nationale Maßnahmen gesprochen werden. Überhaupt ist es mir unverständlich, wie wenig strukturiert der Bundestag nach wie vor über die Zuwanderungspolitik diskutiert und keine konkreten Maßnahmenpakete plant“, ergänzte Trips.

Aber auch weitere Themen müssen aus Sicht des NSGB angegangen werden: „Wir brauchen eindeutig mehr Vertrauen statt Misstrauen in die kommunale Ebene, die am dichtesten an den Bürgerinnen und Bürgern dran ist. Bei der Raumordnung erschweren bürokratische Hindernisse zum Beispiel die Ansiedlung von Supermärkten in kleinen und mittleren Städten und Gemeinden, beim Landesmediengesetz bleiben die Kommunen ganz außen vor, beim neuen Kommunalverfassungsgesetz werden uns zusätzliche Kosten durch neu einzustellende hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte aufgebürdet, und mehr Freistellung der Personalräte im neuen Personalvertretungsgesetz kostet die Kommunen auch mehr Geld. All dies passt nicht in diese Zeit. Wir brauchen alle Kraft, um die große Aufgabe der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu schaffen. Die Städte und Gemeinden erwarten Hilfe und Vertrauen - nur so kommen wir aus der Krise“, so Trips.